

## Drohender Ausstand der Staatsbeamten.

### Überreichung einer befristeten Denkschrift.

In den Reihen der Staatsbeamtenorganisationen herrscht Kampfstimmung.

Die immer schärfer einsetzende wirtschaftliche Verelendung, die Zurücksetzung gegenüber den Verkehrsbeamten, die Ausichtslosigkeit eines in nächster Zeit zu gewärtigenden Abbaues der Preise, die Unsicherheit ihrer Lage infolge der wiederholt angekündigten, bisher nur verschobenen Minderung der Zahl der Staatsangestellten — das alles hat in der Staatsbeamten-schaft so viel Bündstoff angehäuft, daß es nur eines Funken bedarf, um den nur mühsam zurückgehaltenen Groll zum Ausbruch zu bringen.

Schon am 19. März wurden dem Staatskanzler vom Zentralverbande der n.-ö. Staatsbeamtenvereine die Forderungen der Staatsbeamten, darunter die Gewährung einer sofortigen Notstandshilfe, überreicht. Am 27. März erfolgte in derselben Sache eine Vorsprache beim Staatssekretär Dr. Schumpeter, die — über das Vorspiel dieser Vorsprache haben wir in diesem Blatte bereits berichtet — einen unbefriedigenden Verlauf nahm, so daß, um nicht die Erregung unter den Staatsbeamten zu steigern, von einer Veröffentlichung dieser Besprechung abgesehen wurde, wobei auch die Hoffnung mitbestimmend war, daß vielleicht die Taten des neuen Verwalters der Staatsfinanzen den ungünstigen Eindruck seiner Worte verwischen würden.

Am nächsten Tag nach dieser Vorsprache wurden — allerdings nach zweitägigen Streik — den Eisenbahnern 138 Millionen bewilligt, ohne daß unter einem die bereits früher angemeldeten Forderungen der Staatsangestellten bewilligt worden wären.

Dies veranlaßte den Zentralverband der deutschösterreichischen Staatsbeamtenvereine am 7. April dem Präsidenten Seih und dem Vizkanzler Finkl eine neuerliche Denkschrift zu überreichen. Es wurde darin das Befremden ausgedrückt, daß wirtschaftliche Forderungen von Angestellten des Staates nicht nach dem Gesichtspunkte der Not und des Elendes der gesamten Angestellten, sondern anscheinend nach den Machtmitteln berücksichtigt werden, die eine Gruppe der Angestellten des Staates zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringt. „Wir nehmen zur Kenntnis,“ heißt es dann weiter, „daß damit von der Regierung selbst ein Weg zur Durchführung von Forderungen der Staatsangestellten gewiesen wurde, und lehnen es ab, wenn daraus von den bisher zurückgesetzten Angestelltengruppen die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden.“

Es werden dann folgende Forderungen gestellt:

1. Sofortige Gewährung eines Notstandsbeitrages an alle Staatsbeamten ohne Unterschied der Rangklasse, und zwar ohne Einrechnung des normalen, am 1. Mai l. J. fälligen Anschaffungsbeitrages, im Ausmaße von K 800 für Ledige, K 1000 für Verheiratete und K 200 für jedes Kind.
2. Durchführung der endgültigen Besoldungsregelung bis spätestens 1. Juli l. J. unter Zuziehung von Vertretern der Organisation.

Die Denkschrift schließt: Die Staatsangestellten haben sich mit Eifer und Pflichttreue in den Dienst der Republik gestellt. Sie haben daher ein Recht auf Forderung der Schaffung jener Voraussetzungen, die eine weitere normale Dienstleistung physisch sicherstellen. Sollte die Regierung bis Dienstag, den 15. April, auf die gestellten zwei Forderungen keine befriedigende Antwort geben, wird die Leitung des Zentralverbandes der deutschösterreichischen Staatsbeamtenvereine die Entscheidung über die weiteren Schritte in die Hände der Staatsangestellten legen.

Am 9. April fand eine Vorsprache beim Staatskanzler Dr. Kerner statt, die einen ziemlich bewegten Verlauf nahm. Schließlich erklärte sich der Kanzler bereit, für Freitag, 7 Uhr abends, in der Staatskanzlei eine Konferenz unter Zuziehung von Vertrauensmännern des genannten Zentralverbandes einzuberufen, die voraussichtlich die Entscheidung über die gestellten Forderungen bringen wird.

B. Sch.